

Die Gasstrafgelder.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung bewilligte in ihrer gestrigen Sitzung 500'000 M. als Darlehn für den Hypothekendarlehnverein. Der Herstellung neuer Bebauungspläne für den Ortsteil Nord-Westend stimmte die Versammlung zu. 50 000 M. wurden zur Erlangung der Pläne ausgeworfen.

Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand ein Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen, der den Magistrat ersuchte, dahin zu wirken, daß alle kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, durch die die Bürgerschaft betroffen wird, so z. B. die Metallenteignung und die Eingehung der Gasstrafgelder, einheitlich für ganz Berlin geschehen mögen. Stadtv. Meyer (lib.) wies darauf hin, daß in Berlin erst jetzt die Gasstrafgelder eingezogen werden, und zwar außerordentlich milde, während dies in Charlottenburg schon vor zwei Monaten geschehen sei. Es scheine hier mit zweierlei Maß gemessen zu werden. — Stadtv. Dank (lib.) bezeichnete die Erhebung der Gasstrafgelder überhaupt als ungerecht. Man dürfe doch nicht verlernen, daß das Gas um 30 v. H. schlechter geworden sei und so ein Mehrverbrauch von selber eintreten müsse.

Oberbürgermeister Dr. Scholz bedauerte die Unklarheit der Gasverordnung. Was die maßgebenden Behörden alles verordnen, sei geradezu unglaublich. Charlottenburg habe nur seine Pflicht getan, indem es die Gasstrafgelder einzog. Es sei ungesetzlich, wenn es anderwärts nicht geschehen sei. Nachdem jetzt alle anderen Gemeinden Ausnahmen machen und Ermäßigungen gewährt haben, werde der Magistrat sich beim Reichskommissar erkundigen, ob denn die betr. Verordnung überhaupt noch bestehe, wenn nicht, so werde der Charlottenburger Magistrat die Strafgebühren zurück-

zahlen. Die Mißstimmung in der Bürgerschaft gegen die Handhabung der Gasverordnung sei mit Recht sehr groß. Einstimmig stimmte die Versammlung hierauf dem Antrage zu.

Die Wilmerdorfer Stadtverordneten hatten sich in ihrer gestrigen Sitzung mit einer Reihe finanzieller Vorlagen zu befassen. Bewilligt wurden zur Auffüllung des Fonds für außerordentliche Unterstützung an die Angehörigen von Kriegsteilnehmern 500 000 M., und für eine Spende an die aus der Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden 11 850 M. Die Vorlage des Magistrats über eine neue Erhöhung der Kriegsteuerungsanlagen der städtischen Beamten und Angestellten um je 300 M., der Kriegshilfsarbeiter um je 50 Pf. täglich und eine Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen um täglich 1,35 Mark vom 1. April ab wurde dem Finanzausschuß überwiesen. Eine Magistratsvorlage auf Einführung der völligen Sonntagsruhe für die Dauer des Krieges wurde einem Ausschuss überwiesen.